

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—, erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 201.

Dresden, Mittwoch den 1. September 1915.

26. Jahrg.

Zentralisierung der Lebensmittelversorgung. — Die Kämpfe um Luzk. — Erfolg der englischen Bergarbeiter.

Die Vossische Zeitung weiß zu melden, daß die Regierung ein umfassendes Gesetz über Höchstpreise vorbereitet und die Errichtung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung erwägt.

Das Präsidium des Hansabundes meldet sich auch zum Worte. Es verlangt eine umfassende und gründliche Untersuchung der Gründe der Teuerung, glaubt aber bereits feststellen zu dürfen, daß die Verteuerung wichtiger Lebensbedürfnisse vielfach, vielleicht in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle, aus derzeit unabwendbaren Faktoren, insbesondere aus der Abgeschlossenheit unserer Wirtschaft erwächst. Uns möchte bedünken, daß die Abgeschlossenheit nur der Anlaß zu einer Verteuerung war, die durch rechtzeitige obrigkeitliche Eingriffe durchaus nicht „unabwendbar“ hätte werden müssen.

Aber auch der Hansabund verlangt eine „Behörde zur einheitlichen Leitung aller Maßnahmen zugunsten der Volksernährung“, „örtliche Überwachungs- und Preisregelungs-Kommissionen“, „nachdrückliche Anwendung der Beschlagnahmebefugnisse in allen den Fällen, in denen wucherische Ausbeutung der Verbraucher oder wucherische Zurückhaltung von Vorräten zweifellos festgestellt ist“. Er läßt auch eine Kritik, die so scharf wie treffend ist: „Dagegen ist höchst bedauerlich, daß in Preußen diese Beschlagnahmebefugnisse nicht den Kommunal-Verbänden, sondern den Verwaltungs- und Polizeibehörden übertragen ist; eine Änderung dieser Vorschrift ist geboten, da diese Regelung eine Verkennung der umfassenden Tätigkeit der Selbstverwaltung darstellt, die sich während des Krieges glänzend bewährt hat.“

Was ist aber die Forderung nach Errichtung einer Zentralstelle für Lebensmittelversorgung anderes als der sozialdemokratische Reichstags-Antrag, der seine Geschichte, seine Lebensgeschichte hat.

Schon in der Vergangenheit haben die Arbeiter und Genossen einen umfassenden Antrag eingebracht, der die Lebensmittelversorgung zentralisieren und systematisieren wollte. Abgeordneter Burm belegte und begründete ihn mit dem denkbar reichsten Material und überzeugenden Beweisen. Der Staatssekretär Dr. Delbrück lehnte ihn wegen verfassungsmäßiger Bedenken ab — der Antrag wollte dem Reichstag das natürliche Recht der Mitentscheidung und Kontrolle wahren — die anderen Parteien stimmten ihn nieder. Nur wenige Spezialisten wußten, daß sich der Deutsche Reichstag mit einem sozialdemokratischen Antrag auf Zentralisierung der Lebensmittelversorgung befaßt hatte.

In der eben beendeten August-Tagung wurde der Antrag in einer neuen Fassung wiederholt. Er verlangt: Zentralstelle für Lebensmittelversorgung, Preisprüfungs-Kommissionen für Gemeinden, Höchstpreise für Hülsenfrüchte, Obst, Gemüse, Fleisch.

Der Staatssekretär Dr. Delbrück hatte seit Mai dazu gelernt. Er befürchtete nicht mehr auf Verfassungsmäßigkeit bestehen, sondern erkannte im Gegenteil, daß der Reichstag, der aus freiem Antriebe einer sich sträubenden Regierung das Ermächtigungsgesetz mit seiner fast diktatorischen Reichsmacht aufgedrängt hatte, jetzt auch ein Stückchen, ein ganz winziges Stückchen Macht, mitzutun und mitzutragen, zurückerfordern darf. Aber, so meinte der Staatssekretär, der Reichstag, der so viele Köpfe und Meinungen hat, werde keinen einzigen Ausschuss erwählen, so daß dadurch mehr gehemmt als gefördert wird.

Ein Reichstags-Ausschuss, dessen Mitglieder vor ihren Wählern — und die überlegende Zahl der Wähler, auch der sonst schuldlosen, vertritt heute den Konsumantenstandpunkt — die Miteinkaufung von Höchstpreisen zu verantworten hätten, würde kaum so zaudern und so lange der richtigen Entscheidung suchen, als der Beamte, der im wilden Eifer widerstreitender Interessen keinen Kompromiß seines Handwerks hat.

Gerade die Geschichte der Höchstpreise und der Zentralisierung der Lebensmittelversorgung beweist diese These mit aller Klarheit. Zu Kriegsbeginn erlebten lokale Behörden Höchstpreiskordern, deren einziges Ergebnis die Steigerung der Marktpreise gewesen ist: Erzeuger und Händler verpönten jede Beschränkung ihrer großen Gewinne und flohen die ungeliebten Städten, wo der Verbraucher ihre

(W. L. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. September. (Eingeg. nachm. 3.30 Uhr.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

Nordwestlich von Vapanne wurde ein englisches Flugzeug von einem unserer Flieger heruntergeschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg:

Ostlich des Njemen nehmen die Kämpfe ihren Fortgang.

Auf der Westfront von Grodno stehen unsere Truppen vor der äußeren Fortlinie.

Zwischen Obeß (östlich von Sokolka) und dem Bjelowießka-Forst wurde weiter verfolgt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:

Der Oberlauf des Narow ist überschritten. Nördlich von Pruzana ist der Feind über das Sumpfgelände zurückgedrängt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen:

Die Verfolgung blieb im Gange. Wo der Feind sich stellte, wurde er geworfen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Die Truppen des Generals Grafen Bothmer stürmten gegen hartnäckigen feindlichen Widerstand die Höhen des östlichen Strypa-Flusses bei

und nördlich von Sborow. Der vorübergehende Aufenthalt durch russische Gegenstände ist nach Abwehr derselben überwunden.

Die Höhe der im Monat August von Deutschen Truppen auf dem östlichen und südöstlichen Kriegsschauplatz gemachten Gefangenen und des erbeuteten Kriegsmaterials beläuft sich auf:

über 2000 Offiziere,
269 839 Mann an Gefangenen,
über 2200 Geschütze,
über 560 Maschinengewehre.

Davon entfallen: auf Romno rund 20 000 Gefangene, 827 Geschütze; auf Nowo-Georgiewsk rund 90 000 Gefangene (darunter 15 Generale und über 1000 andere Offiziere), 1200 Geschütze, 150 Maschinengewehre.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abgeschlossen, die der Maschinengewehre in Romno hat noch nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen. Die Vorräte an Munition, Lebensmitteln und Hafer in beiden Festungen sind vorläufig nicht zu überschätzen.

Die Zahl der Gefangenen, die von den Deutschen und österreichischen Truppen seit dem 2. Mai, dem Beginn des Jahresfeldzugs in Galizien, gemacht wurden, ist nunmehr auf weit über eine Million gestiegen.

Oberste Heeresleitung.

Preisbestimmung nicht wehrlos überantwortet war. Das Land vom Riede war die Aufhebung der Höchstpreise, die das Uebel noch verschlimmert und nur Warenknappheit erzeugen hatten. Damals, zur Zeit noch relativ niedriger Preise, wäre eine einheitliche, von einem Zentralwillen für das ganze Reich geleitete Höchstpreisfestsetzung ein unendlicher Segen gewesen. Aber die Regierung erklärte sie für unmöglich. Erreichte, wo die Preise die Höhe einer großen Notstandszeit erreicht haben, erklärt die öffentliche Meinung Zentralisierung der Lebensmittelversorgung und Vereinheitlichung der Höchstpreise für möglich und die Regierung folgt, sei es auch nur zögernd und widerstrebend. Der Reichstag hat im August den sozialdemokratischen Antrag auf Errichtung einer Zentralstelle mit einem Beiräte des Reichstags angenommen — trotz der Einrede des Staatssekretärs. Die Städte, der Hansabund rufen nach der Zentralstelle. Unter dem hydraulischen Druck der öffentlichen Meinung gibt, wenn anders die Meinung der Vossischen Zeitung richtig ist, auch die Regierung nach. Wo ein Wille, da auch ein Weg!

Der Sozialdemokratie gebührt das große Verdienst, Vortrupp im Kampfe gegen die Teuerung gewesen zu sein. Sie hat zuerst ein ausführliches Programm zur Einschränkung dieser Kriegsnot entworfen. Seine Verfasser beklagen es — aber es gereicht ihnen nicht zur Unschere! —, daß nicht die Einsicht in die kommende Notwendigkeit, sondern erst harter Zwang einer Forderung dieses Programms nach der anderen Anerkennung verschafft hat. Die Sozialdemokratie hat am wirksamsten die Erhöhung der hohen Höchstpreise bekämpft und nun sieht sie zwei neue Programmpunkte in Erfüllung gehen, die sie im Interesse der Gemeinden aufgestellt hat. Wenn die Gemeinden, auf denen so viele Pflichten lasten, müssen auch mit den

Rechten begabt sein, die allein die Erfüllung der Pflichten erschaffen: Preisprüfungsausschüsse und eine einheitliche Höchstpreisordnung, die von einer Zentralstelle durchgeführt und systematisiert wird, sich auf das ganze Reich erstreckt und die Pflicht der Verkäufer aus einer Stadt mit Höchstpreisen in eine ohne Höchstpreise ausschließt.

Wir möchten wünschen, Dr. Delbrück hält sich jetzt an das alte, gute Wort: Doppelt gibt, wer schnell gibt!

Neuorientierung.

Von Heinrich Schulz.

In den jüngsten Verhandlungen des Deutschen Reichstages hat das Wort von der Neuorientierung der inneren Politik wieder eine größere Rolle gespielt. Der Reichskanzler hat seinerzeit das Wort in die öffentliche Erörterung geworfen, sein Stellvertreter, der Staatssekretär Delbrück, hat es seitdem mehrere Male gebraucht, die Parteien haben es aufgegriffen, politische Schriftsteller wenden es hin und her. Kurz, es ist zum Schlagwort geworden.

Schlagwörter haben aber die Eigenschaft, daß sie zwar kurz und einprägsam, aber eben deswegen in der Regel auch mißverständlich sind. Weil jedem das Wort leicht eintrifft, denkt sich jeder etwas anderes dabei. Unter der Neuorientierung der Politik stellt sich der eine völlige Umwälzung der Grundlagen unserer politischen Lebens, die Aufhebung aller Klassengegensätze, der andere lediglich etwas mehr dritte einbüßende Reform hier oder da vor. Der eine glaubt sie an bestimmte Personen, die sie auf ihr Programm ge-